

Uran, Gold, Gas und Öl

Rohstoffkrieg in Mali

Von Henrik Paulitz, 23.01.2013, zuletzt aktualisiert am 23.02.2013

Am 11. Januar 2013 begann Frankreich einen Krieg in Mali, an dem neben afrikanischen Staaten auch Deutschland, die EU und die USA beteiligt sind. Der Krieg ist die Folge einer Unabhängigkeitserklärung bzw. der Autonomiebestrebungen der Tuareg in Nord-Mali (Azawad). In Nord-Mali gibt es viele Bodenschätze, insbesondere Uran, ebenso wie im benachbarten Niger, aber auch Gold, Erdgas und Erdöl. Die westlichen Industriestaaten beanspruchen diese afrikanischen Energie-Rohstoffe mit allergrößter „Selbstverständlichkeit“ für sich. Und setzen diesen Anspruch notfalls jederzeit mit militärischer Gewalt durch. Der Krieg in Mali ist möglicherweise der erste Krieg um Uran, wovon die atomkritische Friedensorganisation IPPNW schon seit vielen Jahren eindringlich warnt und auch deswegen für einen Atomausstieg und für eine dezentrale Nutzung heimischer erneuerbarer Energien wirbt.

Uranversorgung aus Niger

Der Schweizer „Tages-Anzeiger“ schrieb schon im Juli 2012, dass sich Frankreich wegen der Unabhängigkeitserklärung von Nord-Mali (Azawad) Sorgen um seine Uranversorgung aus dem benachbarten Niger machte:¹

„Es ist indes ein offenes Geheimnis, dass die nigrischen Streitkräfte bereits massiv unterstützt werden. Truppen der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich seien an militärischen Operationen zur Sicherung der Landesgrenze beteiligt, berichten Informanten in Niamey. Den Franzosen gehe es darum, den Urannachschub aus Niger nicht zu gefährden. Frankreich bezieht 40 Prozent des Urans für seine grosse Atomindustrie aus Niger.“

Der Mali-Krieg Frankreichs gegen die Tuareg-Rebellen erscheint allein schon deswegen plausibel, weil der französische Atomkonzern Areva bei der Uran-Ausbeutung im benachbarten Niger erhebliche Probleme mit den Tuareg hat:²

„Frankreich will schon deshalb in Mali intervenieren, um eine Destabilisierung seiner Uran-Quelle im Niger zu verhindern. Denn das Land ist längst zu einem Alptraum für Areva geworden (Und wieder mal ein höchst radio-aktiver Staatspräsident). Immer wieder werden Franzosen entführt. Verantwortlich dafür sind Tuareg-Rebellen, die mehr Geld für das nigrische Uran fordern. Aber auch Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI) entführt immer wieder Areva-Mitarbeiter. Insgesamt sind, mit der

¹ Tages-Anzeiger: Die Krise in Mali gefährdet ganz Westafrika. Von Christof Mürger. Vom 5. Juli 2012. <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/nahe-osten-und-afrika/Die-Krise-in-Mali-gefaehrdet-ganz-Westafrika/story/20463403>. Letzter Zugriff 24.01.2013.

² Heise Online: Frankreichs Uran-Interessen bringen Mali auf Kriegskurs. Von Ralf Streck. 25. Dezember 2012. <http://www.heise.de/tp/artikel/38/38266/1.html>. Letzter Zugriff 24.01.2013.

neuen Entführung des Ingenieurs Francis Colump in Nigeria, nun neun Franzosen weltweit in den Händen von Entführern.“

Ebenso hegt auch die „Wirtschaftswoche“ keinerlei Zweifel daran, dass es Frankreich beim Krieg in Mali um die Uran- und Ölvorkommen geht:³

„Die einzigen bekannten und strategisch wichtigen europäischen Interessen in der Region sind die Uran- und Ölvorkommen in Mali und die französischen Uranminen im angrenzenden Niger. Frankreich hängt als Atommacht und Atomstromland stark von der Versorgung mit Uran ab. Ein Drittel seines Uranbedarfs bezieht Frankreich aus dem Niger. Um die weitere Destabilisierung des Landes zu verhindern greift Frankreich jetzt in Mali ein.“

Noch deutlicher heißt es in einem Kommentar der Wirtschaftswoche vom 17. Januar 2013:⁴

„Es geht beim Krieg in Mali, wie bei fast jedem Krieg auf dem afrikanischen Kontinent, um Rohstoffe und natürlich um politische Einflussnahme.“

Uran und Ölvorkommen in Nord-Mali

Möglicherweise aber geht es nicht nur um das Uran des Nachbarlandes, sondern auch um eine mögliche Urangewinnung im Norden Malis und um andere dort vorkommende Energie-Rohstoffe wie Öl und Gas sowie um Gold und Phosphat:⁵

„Frankreich macht sich besonders für einen Krieg gegen die Rebellen und ihre ehemaligen Verbündeten der islamistischen "Ansar Dine" (Verteidiger des Glaubens) stark (Neoprimitiven zerstören Timbuktu). Dabei geht es Paris aber nicht um Menschenrechte und nur am Rand um die Bekämpfung der Islamisten. Wie bei Nachbar Niger mischt sich Paris vor allem ein, um dem Atom-Land den Uran-Nachschub zu sichern und Ansprüche auf Öl, Gold, Gas und Phosphat anzumelden.“

Die Afrikaexpertin Gaëlle Aerson vermutet mittelfristige strategische Rohstoff-Interessen Frankreichs in Mali selbst. Denn im Norden des Landes liegen drei bislang noch nicht erforschte Erdölfelder. Und es geht auch dort wohl vor allem um Uran:⁶

"Es gibt im Norden des Landes bislang zwar noch keinen Bergbau, aber beachtliche Bodenschätze, vor allem Uran. Die Uranvorkommen liegen in der Gegend zwischen Gao und Kidal. Es handelt sich um eine ähnliche geologische Formation, wie die, die im benachbarten Niger die Uranminen des französischen Atomkonzerns AREVA beherbergt und es gibt große Phosphatvorkommen im Norden."

Angesichts der Uranvorkommen ist es nicht erstaunlich, dass ausgerechnet auch die Region um Gao und Kidal im Norden Malis militärisch „befreit“ werden soll.

³ Wirtschaftswoche: Frankreich. Der Rohstoffkrieg in Mali. Von Frank Doll. 14. Januar 2013. <http://www.wiwo.de/politik/europa/frankreich-der-rohstoffkrieg-in-mali/7629346.html>. Letzter Zugriff 24.01.2013.

⁴ Wirtschaftswoche: Ausdehnung der Kampfzone. Der Rohstoffkrieg in Mali weitet sich aus. Kommentar von Frank Doll. 17. Januar 2013. <http://www.wiwo.de/politik/ausland/ausdehnung-der-kampfzone-der-rohstoffkrieg-in-mali-weitet-sich-aus/7646954.html>. Letzter Zugriff 24.01.2013.

⁵ Heise Online: Frankreichs Uran-Interessen bringen Mali auf Kriegskurs. Von Ralf Streck. 25. Dezember 2012. <http://www.heise.de/tp/artikel/38/38266/1.html>. Letzter Zugriff 24.01.2013.

⁶ Deutschlandfunk: Auf heißen Kohlen. Von Hans Woller. 27. Oktober 2012. <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/einewelt/1905394/> Letzter Zugriff 24.01.2013.



Uranfunde in West-Mali

Die atomkritische ärztliche Friedensorganisation IPPNW verweist zudem auf Uranfunde in West-Mali im südlichen Landesteil:⁷

„Der französische Atomkonzern Cogema (heute AREVA) hatte in Falea, im äußersten Westen des Landes, Uran-, Kupfer- und Bauxitvorkommen entdeckt und das Vorkommen an die kanadische Firma Rockgate Capital Corporation verkauft. Sie schloss mit der Regierung Malis einen Vertrag über den Abbau dieser Rohstoffe. Weder Ältestenrat oder Gemeinderat noch die Bevölkerung wurden offiziell informiert oder gefragt.“

Ungewöhnlicher Rohstoffreichtum

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet vom ungewöhnlich großen Rohstoffreichtum Malis:⁸

„Die Schätze Malis liegen tief im Boden verborgen. Doch dafür dürfte der Reichtum so groß sein wie in wenigen anderen Ländern: So liegt das Land mitten im „Goldgürtel“, der sich von Senegal über Guinea, Ghana (die ehemalige britische Kolonie Goldküste), Mali, Burkina Faso, Niger, Nigeria und Kamerun durch ganz Westafrika zieht. Daneben gibt es Erdöl, Erdgas, Phosphat, Kupfer, Bauxit, Diamanten und andere Edelsteine - diese und einige andere Rohstoffe zählte der damalige Bergbauminister Mamadou Igor Diarra vor knapp einem Jahr auf. Sogar reiner Wasserstoff wurde tief im Boden des Landes entdeckt - eine Sensation, denn bis dahin hielten es Bodenkundler für sehr unwahrscheinlich, dass sich dieses flüchtige Element überhaupt in reiner Form in der Natur finden lässt.“

Das Interesse internationaler Rohstoffkonzerne an einer Ausbeutung der Rohstoffe ist groß. Durch die Unabhängigkeitserklärung des Nordens dürften sie allerdings ihre Explorationsmöglichkeiten gefährdet sehen:⁹

„Immerhin hatte die Regierung unter dem Ende März vergangenen Jahres weggeputschten Präsidenten Amadou Toumani Touré, den alle nur „ATT“ nannten, begonnen, die Explorationsrechte im Land zu verteilen. Seitdem suchen viele internationale Rohstoffunternehmen, aber auch einige malische, den Boden systematisch nach Rohstoffen ab. Das italienische Ölfirma Eni beispielsweise hält Rechte im Norden des Landes, auch der internationale Rohstoffkonzern Glencore ist in Mali präsent. Genauso eifern die großen internationalen Schürfkonzerne Randgold Resources oder Anglo American Mansa Musa nach und suchen den Boden Malis nach Reichtümern ab.“

Möglicher Flächenbrand bis Nigeria?

Der Finanzblog „ZeroHedge“ spekuliert, dass es beim Mali-Krieg möglicherweise auch um die Ölvorkommen in Nigeria gehen könnte. Der Westen und insbesonde-

⁷ IPPNW: IPPNW appelliert: Verhandlungen statt Krieg. UN-Sicherheitsrat befürwortet militärische Intervention in Mali. IPPNW-Presseinformation vom 15. Januar 2013. <http://www.ippnw.de/presse/presse-2013/artikel/d2ce4acc6f/ippnw-appelliert-verhandlungen-stat.html>. Letzter Zugriff 15.01.2013.

⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung: Mali Das sagenhafte Reich voller Gold und Bodenschätze. Von Christian von Hiller. 15. Januar 2013. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mali-das-sagenhafte-reich-voller-gold-und-bodenschaetze-12024831.html>. Letzter Zugriff 24.01.2013.

⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung: Mali Das sagenhafte Reich voller Gold und Bodenschätze. Von Christian von Hiller. 15. Januar 2013. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mali-das-sagenhafte-reich-voller-gold-und-bodenschaetze-12024831.html>. Letzter Zugriff 24.01.2013.



re die USA sähen in dem Konflikt um Mali die Chance, sich dauerhaft militärisch in der Region zu etablieren. Dadurch könnte sich der Konflikt um Mali zu einem Flächenbrand ausweiten, in den die nigerianischen Städte Abuja und Lagos hineingezogen werden könnten:¹⁰

“Mali is one of the most irrelevant countries in West Africa from a resource standpoint, and what happens inside of it is certainly irrelevant from a greater geopolitical standpoint. What is more important is what this map doesn't show, specifically the name of the country located a few hundred miles to the south: Nigeria. Now Nigeria is important: very important. Or rather, Nigerian light sweet, one of the highest quality crudes in the world, is. And thanks to the "bungled" French peacemaking attempt, the US now has a critical foothold in what is the most strategically placed stretch of desert in Western Africa, a place where US "military trainers" will now be deployed at will. Be on the lookout for curious escalations in violence around the capital Abuja, and key port city Lagos, in the coming months once the current Mali fracas is long forgotten.”

Deutschlands Fuß in der Tür

Deutschland will beim Rohstoffkrieg in Mali offenbar nicht außen vor bleiben und seinen Einfluss in der Region stärken.

So beklagte etwa das deutsche Auswärtige Amt im Oktober 2012:¹¹

“Im Norden des Landes stagniert gegenwärtig die Exploration von Erdöl und Erdgas”.

Zum Jahreswechsel 2012/2013 wurden die Forderungen nach einer Beteiligung Deutschlands an einem Krieg in Mali immer lauter.

Die Bundeswehr beteiligt sich seit dem 19. Januar 2013 mit zwei Transportflugzeugen vom Typ „Transall“ am Krieg in Mali. Sie sollen senegalesische Kampftruppen in den Krieg bringen. Ein deutscher Kommandoführer wurde am 20. Januar 2013 mit der Aussage zitiert, die Transportflugzeuge der Bundeswehr sollten in wenigen Wochen „bis zu 3.300 Soldaten der ECOWAS¹² aus den verschiedenen ECOWAS-Staaten“ in die malische Hauptstadt Bamako transportieren.¹³

Deutschland trägt mit diesen Truppentransporten wesentlich zum Krieg in Mali bei: Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas hatte Ende Januar 2013 beschlossen, die von ihr bis dato gestellten 1750 Soldaten in Mali auf 7700 Soldaten zu erhöhen.¹⁴ Deutschland soll demnach gut die Hälfte der Soldaten nach Mali einfliegen.

Die EU-Außenminister hatten auch die Entsendung einer Ausbildungsmission nach Mali beschlossen. Der Umfang der deutschen Beteiligung daran steht noch nicht fest (24.01.2013).

¹⁰ Zero Hedge: US Drones, Boots Arrive In Mali. Von Tyler Durden. 17. Januar 2013. <http://www.zerohedge.com/news/2013-01-17/us-drones-boots-arrive-mali?page=4>. Letzter Zugriff 24.01.2013.

¹¹ Auswärtiges Amt, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mali/Wirtschaft_node.html, Oktober 2012. Letzter Zugriff 21.01.2013.

¹² ECOWAS ist die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft („Economic Community of West African States“).

¹³ ARD/Tagesschau: Krieg in Mali. Deutsche Transall als afrikanischer Pendelbus. Von Marc Dugge. 20. Januar 2013. <http://www.tagesschau.de/ausland/mali398.html>. Letzter Zugriff 24.01.2013.

¹⁴ Zeit Online: Militäreinsatz in Mali. Frankreichs Luftwaffe bombardiert Kidal. 27. Januar 2013. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-01/mali-frankreich-einsatz>. Letzter Zugriff 28.01.2013.



Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dem französischen Präsidenten François Hollande Ende Januar 2013 ferner zugesagt, den Rohstoffkrieg in Nord-Mali mit „Ausrüstung“ zu unterstützen. Bei der Ausrüstung gehe es um Uniformen, Stiefel und Lastwagen.¹⁵

Deutsche „Vorreiterrolle“ – im militärischen Bereich

Der Informationsdienst „German-Foreign-Policy“ weist darauf hin, dass bei Außenpolitikern der Regierungsfractionen wie auch von SPD und Grünen im Januar 2013 Forderungen lauter wurden, die deutsche Kriegsbeteiligung auszuweiten:¹⁶

„Wie Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) über die Transall-Entsendung erklärt, könne er sich "nicht vorstellen, dass irgendjemand das für den deutschen Beitrag hält". Es handele sich allenfalls um "ein erstes demonstratives Signal, dass wir uns nicht ähnlich wie im Fall Libyen positionieren".[3] Die Bundeswehr werde sich zumindest näher an das Kampfgebiet heranwagen müssen, erklärte am Wochenende der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU): "Es kann etwa möglich werden, dass Transporte der Bundeswehr auch näher an die Kampflinie geflogen werden müssen".[4] Auch in der Opposition mehren sich die bellizistischen Stimmen. Man müsse in Betracht ziehen, "dass die Bundeswehr in Mali auch andere Flughäfen als Bamako anfliegt, auch militärisches Gerät transportiert und dass wir im Sanitätswesen helfen", war vom SPD-Militärexperten Rainer Arnold zu hören. Der militärpolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Omid Nouripour, äußerte gleichfalls, die Bundesregierung müsse "erheblich mehr tun als zwei Transall-Maschinen zur Verfügung zu stellen". Berlin könne in Mali eine Vorreiterrolle für die EU übernehmen - auch im militärischen Bereich.“

Nach Einschätzung von German-Foreign-Policy wird die deutsche Kriegsunterstützung in Mali „als Hebel genutzt, um Frankreich in Westafrika zurückzudrängen.“¹⁷ Die deutsche Haltung zum Krieg in Mali sei stark durch die deutsch-französischen Rivalitäten der vergangenen 20 Jahre bestimmt.¹⁸

Selbstverschuldet

Zu den Kuriositäten des Krieges in Mali zählt, dass sich der Westen „seine Feinde“ offenbar wieder einmal selbst geschaffen hat. So erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow am 23. Januar 2013 in Moskau:¹⁹

„Die Menschen, gegen die Franzosen und Afrikaner jetzt in Mali kämpfen, haben das Gaddafi-Regime gestürzt. Unsere westlichen Partner hat-

¹⁵ Reuters Deutschland: Blatt - Deutschland will Ausrüstung für Mali-Einsatz beisteuern. 27. Januar 2013. <http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEBEE90Q00F20130127>. Letzter Zugriff 28.01.2013.

¹⁶ German-Foreign-Policy: Nur ein erstes Signal. 21.01.2013. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58513>. Letzter Zugriff 21.01.2013.

¹⁷ German-Foreign-Policy: Nur ein erstes Signal. 21.01.2013. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58513>. Letzter Zugriff 21.01.2013.

¹⁸ German-Foreign-Policy: Wüstenkrieg. 15. Januar 2013. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58508>. Letzter Zugriff 21.01.2013.

¹⁹ Botschaft der Russischen Föderation: Pressekonferenz des Außenministers der Russischen Föderation Sergej Lawrow zu den Ergebnissen der russischen Diplomatie im Jahre 2012, Moskau, 23. Januar 2013. Offizielle Stellungnahme. Inoffizielle Übersetzung. <http://russische-botschaft.de/einzelsicht-news/eine-offizielle-stellungnahme/eintrag/628.html>. Letzter Zugriff 22.02.2013.



ten sie bewaffnet, unter anderem auch, um das frühere libysche Regime zu stürzen.“

„Local Power for Peace“

Die atomkritische ärztliche Friedensorganisation IPPNW spricht sich vehement gegen Wirtschaftskriege um Rohstoffe aus. „Internationale Militäreinsätze können die tiefgreifende politische und ökonomische Krise in Mali nicht lösen, sondern werden weitere Kämpfer gegen den Westen mobilisieren“, erklärte der IPPNW-Vorsitzende Matthias Jochheim am 15. Januar 2013.²⁰

Um Kriege um Energie-Rohstoffe perspektivisch zu verhindern, setzt sich die IPPNW unter dem Motto „Local Power for Peace“ für ein Umsteuern der Energieversorgung auf regionale Energieautonomien mit erneuerbaren Energien ein. Wenn überall die benötigte Energie vollständig durch die Nutzung von erneuerbaren Energien vor Ort bereitgestellt wird, sind Kriege um Energie überflüssig.

Henrik Paulitz, IPPNW

www.ippnw-peace-power.net

²⁰ IPPNW: IPPNW appelliert: Verhandlungen statt Krieg. UN-Sicherheitsrat befürwortet militärische Intervention in Mali. IPPNW-Presseinformation vom 15. Januar 2013. <http://www.ippnw.de/presse/presse-2013/artikel/d2ce4acc6f/ippnw-appelliert-verhandlungen-stat.html>. Letzter Zugriff 15.01.2013.

